



Minister sieht Hochschulen auf gutem Weg

Kontroverse im Landtag um Ausbau der Studienplätze - Grüne: Bedarf weitaus höher



Unterschiedliche Ansichten gab es gestern im Landtag, ob es auch in Zukunft genügend Studienplätze im Land geben wird. Minister Frankenberg verwies auf den geplanten Ausbau um 16 000 Plätze bis 2012.

In Baden-Württemberg bleibt der Ausbau der Studienplätze aus Sicht der Grünen weit hinter dem Bedarf an Akademikern zurück. Dieser Kritik der Opposition hielt in der Plenardebatte Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) den so genannten Masterplan der CDU/FDP-Landesregierung entgegen, der 16 000 zusätzliche Plätze an den Hochschulen bis zum Jahr 2012 vorsieht. Seit dem Wintersemester 2006/07 sei die Zahl der Studienanfänger an den Hochschulen einschließlich der Berufsakademien innerhalb eines Jahres um 2,4 Prozent gestiegen. Außerdem müsse zwischen der Zahl der Studienanfänger und den Studienplatzzahlen unterschieden werden. Die Grünen-Abgeordnete Theresia Bauer sagte, dass an den Hochschulen die Zahl der Anfängerplätze zurückgegangen sei und dies, obwohl in den vergangenen Jahren mehr Kinder und Jugendliche die Schulen verlassen haben. Die heutigen Schulkinder würden doppelt betrogen: Mit dem achtjährigen Gymnasium steige der Leistungsdruck und nach dem Abitur fehle die Möglichkeit zum Studium. Klaus Schüle (CDU) wertete die Kritik der Grünen als "kollektive Misstrauenserklärung gegenüber den Hochschulen". Das Land stelle für den Ausbau in wachsendem Maß Geld zur Verfügung. In der Endstufe - im Jahr 2012 - würden es 150 Millionen Euro sein. "Wir haben kein starres, sondern ein flexibles, am Bedarf orientiertes System entwickelt, und wenn absehbar ist, dass sich etwas ändert, werden wir umgehend darauf reagieren." Martin Rivoir (SPD) sagte, das Ministerium selbst räume ein, dass die Studienanfängerzahlen zurückgingen. Ein Hauptgrund dafür ist aus Sicht der SPD die Einführung von Studiengebühren. In einer von der Universität Hohenheim vorgestellten Umfrage, dem Gebührenkompass, sehen lediglich zwischen 16 und 42 Prozent der Studenten im Land eine Verbesserung der Lehre durch die Studiengebühren. Rivoir warf dem Land zudem eine überhastete Einführung der international anerkannten Abschlüsse Bachelor und Master vor. Auch sei noch unklar, was geschehe, wenn der Bachelor als berufsbefähigender Abschluss nicht erfolgreich sei und die Studenten massenhaft in die Masterstudiengänge strömen. Frankenberg bezeichnete die Kritik der Opposition als "Argumente von gestern". Das Land sorge mit viel Geld dafür, dass die Studienplätze bedarfsgerecht ausgebaut werden. So würden im künftigen wie schon im vergangenen Wintersemester etwa 3200 neue Studienplätze eingerichtet. Frankenberg fügte hinzu, neben dem quantitativen Ausbau sei die Qualität des Studiums entscheidend. Der Bachelor werde in der Wirtschaft zunehmend anerkannt und sei gerade für junge Leute aus bildungsfernen Schichten eine Möglichkeit, in absehbarer Zeit einen Abschluss zu erreichen. Der FDP-Abgeordnete Dietmar Bachmann sagte, trotz der Notwendigkeit, die Verschuldung des Landes zu senken, sei es gelungen, ein umfangreiches Programm für den Hochschulausbau auf den Weg zu bringen. lsw @ <http://www.gebuehrenkompass.de>